

ver.di
Frau Leni Breymaier
Landesbezirksmeisterin
Theodor-Heuss-Straße 2/ Haus 1
70174 Stuttgart

Sehr geehrte Frau Breymaier,

Ich habe Ihre Rede bei der Personalversammlung der Stadtverwaltung Tübingen noch in guter Erinnerung. Wenn ich es noch recht weiß, haben Sie der Stadt Tübingen auch Anerkennung für die Entscheidung ausgedrückt, einen kommunalen Busverkehrsbetrieb zu gründen. Deshalb möchte ich mich heute mit einem Anliegen an Sie wenden, das diesen Betrieb betrifft.

In Tübingen wird der Busverkehr mittlerweile zu 51% von der Tochter der Stadtwerke Tübingen, der „TüBus“ erbracht. Die übrige Verkehrsleistung erbringen nach wie vor private Unternehmer. In der aktuellen Tarifaueinandersetzung wird die TüBus bestreikt, die privaten Busunternehmer jedoch fast nicht.

Für die Stadt und den öffentlichen Nahverkehr in Tübingen bedeutet dies: Aus der von Ihnen begrüßten Entscheidung, einen Teil des Busverkehrs zu rekommunalisieren, erwächst uns schon bei der ersten Gelegenheit ein spürbarer Nachteil. Ermutigend für andere Kommunen, dem Tübinger Beispiel zu folgen, ist das nicht gerade.

Da wir bislang nur einen Warnstreik von einem Tag hatten, würde mich das aber noch nicht zu einem Brief an Sie veranlassen. Was mich wirklich beunruhigt, sind die Mittel, die von ver.di schon in einem eintägigen Warnstreik eingesetzt wurden. Am vergangenen Montag trug sich in Tübingen folgendes zu:

Ein Großteil der Fahrer der TüBus war dem Aufruf von ver.di zum Warnstreik gefolgt. Die Geschäftsführung hatte im Vorfeld für die Streikmaßnahmen grundsätzlich Verständnis signalisiert. Gleichmaßen wurde aber auch die Erwartung formuliert, dass die streikenden Kollegen das Recht derjenigen respektieren, die ihre Arbeit nicht niederlegen wollen.

Leider wurde diese Erwartung nicht erfüllt; im Gegenteil: arbeitswillige Kollegen der TüBus GmbH wurden von Streikenden und ver.di Vertretern derart massiv unter Druck gesetzt, dass sie ihren Dienst abrechnen mussten; dies ist teilweise sogar in Filmausschnitten im Fernsehen (SWR, Landesschau Baden-Württemberg am 23.01.2012 um 18:45 Uhr) dokumentiert.

Daneben wurden die Fahrzeuge unserer Vertragspartner, der Firmen Kocher und Schnaith, im öffentlichen Straßenraum systematisch behindert und blockiert. Arbeitswillige Fahrer der Firmen Kocher und Schnaith und teilweise sogar Fahrgäste wurden von Streikenden derart bedrängt, dass sie um ihre Sicherheit fürchten mussten. Um eine

Oberbürgermeister

25.01.2012

weitere Eskalation zu vermeiden, haben wir letztlich den Stadtverkehr einstellen müssen, obwohl ausreichend Fahrer und Fahrzeuge vor Ort waren, um eine Not-Bedienung der wichtigsten Strecken sicher zu stellen.

Liebe Frau Breymeier, das geschilderte Verhalten der Streikenden und der ver.di empfinde ich als unangemessen. Ein Warnstreik muss noch Möglichkeiten zur Verschärfung offen lassen. Wenn aber schon am ersten Tag zu rechtlich unzulässigen, zumindest aber sehr zweifelhaften Blockaden gegriffen wird, dann gibt es diesen Spielraum nicht mehr. Es mag für ver.di ärgerlich sein, dass bei den privaten Busunternehmen die Beteiligung am Streik gering war. Das darf aber nicht durch Blockaden von voll besetzten Bussen im öffentlichen Straßenraum ausgeglichen werden. Ich möchte Sie deshalb bitten, für die Zukunft den Verzicht auf solche ungesetzlichen Maßnahmen zu erklären.

Eine zweite Bitte habe ich: Wenn der Arbeitskampf fortgesetzt und verschärft werden sollte, dann darf dies nicht dazu führen, dass unser Universitätsklinikum nicht mehr erreichbar ist. Wenn kein Arzt oder keine Schwester zur Verfügung steht oder Patienten nicht in die Klinik gelangen, dann ist dies so schwer wiegend, dass auch ein gut begründeter Streik dies nicht rechtfertigt.

Die TüBus hatte deshalb im Vorfeld des Warnstreiks über eine Notvereinbarung mit ver.di zur Bedienung des Klinikums verhandelt. Diese Verhandlungen sind gescheitert. In der Presse wird dies so dargestellt, als habe die TüBus dies zu vertreten. Tatsache ist, dass die Zahl der Busfahrten, die für diese Notvereinbarung von ver.di zugestanden wurde, nach unserer Einschätzung weit unterhalb des Notwendigen lag. Wir befürchteten untragbare Zustände im Kampf um die wenigen verfügbaren Plätze in den Bussen.

Ich möchte Sie deshalb bitten, umgehend zu veranlassen, dass unabhängig von jeder weiteren Verschärfung des Streiks eine vertretbare Notvereinbarung für die Bedienung des Universitätsklinikums getroffen wird. Wir werden deshalb umgehend auf Ihre örtlichen Verhandlungsführer zugehen.

Ihrer Gewerkschaft wünsche ich Erfolg. Es steht für mich außer Frage, dass wir in diesem Land starke Arbeitnehmerorganisationen brauchen.

Mit freundlichen Grüßen

Boris Palmer
Oberbürgermeister